



**IDENTITÄTSPROJEKTE IM VERGLEICH
KONSTRUKTION – ZIRKULATION – KONFRONTATION**

Workshop der AG Identität des SFB 640, Freitag 6. Mai 2011

Institut für Afrika- und Asienwissenschaften (Invalidenstr. 118, Raum 511)

Diskussion der Beiträge

1. Oxana Stuppo: Identitätsangebote russischer Intellektueller nach 1864
2. Benjamin Buchholz: Repräsentationen nationaler Identität in Afghanistan
3. Andreas Weiß: Politische Eliten und europäische Identität.

Bei meiner Diskussion der Beiträge möchte ich mich zunächst über eine Zusammenschau aller drei Beiträge einiger grundlegender Merkmale des Themenkomplexes Identität versichern, bevor ich diese dann als Richtschnur bei der Besprechung an die einzelnen Beiträge anlege.

Die drei Beiträge rollen das Thema Identität auf unterschiedlichen Ebenen, aus unterschiedlichen regionalen Kontexten und von unterschiedlichen historischen Perspektiven her auf. So thematisiert Oxana Stuppo das komplexe Verhältnis zwischen personaler und kollektiver Identität im Kontext Russlands zur Zeit der Zemstvo-Reformen ab 1864. Durch Rückgriff auf Simmel und anhand des Beispiels der russischen Dorfgemeinschaft am Beginn des durch die liberalen Reformen eingeleiteten Modernisierungsprozesses, verdeutlicht sie, dass kollektive und personale Identität in einem komplexen Verhältnis der wechselseitigen Abhängigkeit voneinander bestehen. Die im Zuge der Modernisierung und Urbanisierung zunächst zunehmende Individualisierung der einzelnen Person durch ihre Herauslösung aus traditionell-kollektivistischen Lebensbezügen führt nach Simmel zu einer neuen Form der Vergesellschaftung. Erst indem sich Individuen aus ständischen Bezügen herauslösen und auf der Basis freiwilliger Assoziationen (Berufsgenossenschaften, Vereine, Parteien etc.) zu neuen bürgerlichen Gesellschaftsformen zusammenfinden, entsteht das moderne Individuum. Erst ein solches bürgerliches Individuum kann nach Auffassung des liberalen 19. Jahrhunderts Träger der im entstehenden Nationalstaat sich bildenden politischen Identität werden, die als staatsbürgerliche Mitverantwortung die politische Gesellschaftsform des Nationalstaats begründet und ermöglicht. Stuppo macht anhand des Beispiels der Zemstvo-Reformen deutlich, dass hierzu gewisse sozioökonomische Bedingungen erforderlich sind, die im

Russland des späten 19. Jahrhunderts offenbar nicht gegeben waren, weshalb diese Reformen letztlich scheitern.

Auch Benjamin Buchholz zeigt anhand der knapp hundertjährigen Geschichte des Versuchs politischer und intellektueller Eliten in Afghanistan eine politische Identität nach dem Vorbild des Nationalstaats zu etablieren, dass dieses Modell nur erfolgreich sein kann, wenn der nationalen Identität alle subalternen Loyalitäten untergeordnet werden. Dies ist im Kontext der auf Stammesloyalitäten aufbauenden Gesellschaften Afghanistans schwierig gewesen und immer noch schwierig. Auch hier scheint der Prozess der Individualisierung und Neuvergesellschaftung im bürgerlich-nationalstaatlichen Sinn nicht weit genug fortgeschritten zu sein um eine Auflösung tribaler und dörflich-kollektivistischer Gemeinschaftsformen zugunsten einer bürgerlichen, auf Freiwilligenassoziationen gründenden Gesellschaft zu ermöglichen.

Andreas Weiß schließlich zeigt anhand der unter politischen Eliten geführten Diskurse zur europäischen Identität, dass die Vertreter der europäischen, in Nationalstaaten organisierten Gesellschaften noch nicht bereit sind, ihre nationalen Loyalitäten zu Gunsten einer pan-europäischen, post-nationalen politischen Identität aufzugeben. Welche ökonomischen Bedingungen herrschen müssen, damit das passiert, und ob es je passiert, wissen wir nicht, da der europäische Vereinigungsprozess bekannter Maßen ohne historisches Vorbild ist. Gegenwärtig scheinen die Bedingungen jedenfalls noch nicht vorzuliegen, dass sich die europäische Bevölkerung als ein geeinter Souverän begreift, sondern die Souveränität bleibt, zumindest formal, in den Staatsvölkern der europäischen Mitgliedsstaaten und ihren Parlamenten verankert und damit auf europäischer Ebene nicht-identisch.

Die drei Beiträge schildern gesellschaftliche Umbrüche, bei denen sich alte menschliche Vergemeinschaftungsformen auflösen und damit alte Solidargemeinschaften und die ihnen geschuldeten Loyalitäten an Bedeutung verlieren. In solchen Umbrüchen bieten neue Vergesellschaftungsformen Möglichkeiten für neue Solidargemeinschaften und damit neue Loyalitätsverpflichtungen und Identitäten für ihre Mitglieder. Die Beiträge zeigen, dass diese Prozesse nicht uniform verlaufen und dass alte Solidargemeinschaften nicht ohne Widerstände den neuen Gesellschaftsformen weichen, ob dies die agrarische Ständegesellschaft im Russland des späten 19. Jahrhunderts ist, die afghanische Stammesgesellschaft des 20. Jahrhunderts oder die europäische Gesellschaft der Nationalstaaten im 21. Jahrhundert.

Dabei lenken alle drei Referenten das Augenmerk auf die Rolle politischer und intellektueller Eliten. Dies scheint mir produktiv zu sein, sind doch die Angehörigen der intellektuellen Eliten zumeist in der Position, die Diskurse über neue Identitätsmöglichkeiten zu dominieren und die Angehörigen politischer Eliten in der Lage, die gesellschaftlichen Umbrüche in einer für sie

forteilhaft Weise zu beeinflussen. In allen drei Beispielen fällt auf, dass die politischen Eliten, oft gedeckt durch intellektuelle Eliten, dazu neigen, sich nur zum Schein zu Fürsprechern und Repräsentanten der jeweils zeitgemäßen Vergesellschaftungsform zu erklären, in Wirklichkeit jedoch den überkommenen Solidaritäten verpflichtet bleiben, die ihnen ihre privilegierte gesellschaftliche Stellung überhaupt erst ermöglichten.

In dem von Oxana Stuppo geschilderten Beispiel des ländlichen Russland des ausgehenden 19. Jahrhunderts ist es der Zar und seine Gouverneure, die letztlich das Heft in der Hand behalten und die eine wirkliche Selbstverwaltung durch die Landtage unmöglich machen. Stuppo spricht zwar vom vorherrschenden Paternalismus als einem Haupthindernis für den Erfolg der Zemstvo-Reformen, lässt aber eine der Hauptquellen dieses Paternalismus unerwähnt. Die vom Zar eingesetzten Gouverneure waren es, die jede Entscheidung eines Landtags genehmigen mussten oder auch kassieren konnten. So konnte die lokale Selbstverwaltung nie das Gefühl haben, für ihre Entscheidungen selbst verantwortlich zu sein. Mir scheint also dass sich der Zar und die intellektuellen und bürokratischen Eliten des russischen Staats des Liberalismus als einer zeitgemäßen Ideologie zwar bedienten, ihm aber im Grunde misstrauten – zu Recht vermutlich, weil er sie, ernst genommen, ihre Privilegien gekostet hätte.

In dem von Benjamin Buchholz geschilderten Beispiel der Entstehungsgeschichte der *Loya jirga* als einer nationalen Institution Afghanistans ist augenfällig, wie sich politische Eliten, die sich zu Fürsprechern einer geeinten afghanischen Nation stilisieren, zugleich partikularen ethnischen Loyalitäten verbunden bleiben. So wird schon mit der Institution der *Loya jirga* eine spezifisch paschtunische Einrichtung zur zentralen Institution für das ganze Afghanistan erhoben und damit eine Ethnie auf Kosten anderer privilegiert, wo diese Institution doch gerade dazu dienen sollte, ethnische und Stammesloyalitäten zu Gunsten einer übergreifenden nationalen Loyalität zu überwinden.

Wir kennen ähnliche Prozesse aus den Nationalstaatsbildungen Europas, wo liberale Rechtstheoretiker wie der weithin rezipierte schweizerische Staatsrechtler Johann Caspar Bluntschli davon ausgingen, dass zu jeder Nation eine privilegierte Haupt-Nationalität und eine bis mehrere unterprivilegierte Nationalitäten gehören. In den meisten europäischen Ländern erklärten sich die Eliten des Alten Regimes zu Repräsentanten der jeweiligen Hauptnationalität und boten damit der Bevölkerungsmehrheit Identifikationsmöglichkeiten und Teilhabe an Privilegien, die von der Tatsache ablenken konnte, dass wirkliche demokratische Teilhabe noch nicht stattfinden sollte. Benedict Anderson spricht in diesem Zusammenhang von „official nationalism“, d.h. einem Identifikationsangebot an die Mehrheit der Bevölkerung als einer privilegierten Nationalität, die über ihre selbsterklärten Repräsentanten als Ganzes über untergeordnete Nationalitäten herrschen

sollte. So versuchen die durch die überkommenen Vergemeinschaftungsformen privilegierten Schichten ihre Privilegien im Gewand des modernen Nationalismus in die neue Zeit hinüber zu retten. Bei solchen Unternehmungen sind Identitätsdiskurse gerade wegen der ihnen inne wohnenden Unbestimmtheit ein probates Mittel, bieten sie doch die Möglichkeit, dasjenige für geschichtlich grundlegend und in der Natur verankert auszugeben, dessen gesellschaftliche Veränderbarkeit gerade in Frage steht. Identitätsdiskurse werden damit häufig zu Indikatoren für hegemoniale Diskurse, die konträre Sichtweisen marginalisieren, indem sie sich als naturgegeben und damit alternativlos darstellen.

In dem von Andreas Weiß geschilderten Fall der europapolitischen Eliten liegt der Fall allerdings ein bisschen anders. Hier würden ja nicht selbsternannte Repräsentanten des öffentlichen Interesses gewählten Volksvertretern weichen müssen, sondern hier würden – im hypothetischen Fall einer politischen Integration Europas – die gewählten Vertreter der bisher in Einzelstaaten organisierten Demoi (δῆμοι) den gewählten Vertretern eines europäischen Demos untergeordnet. Was stattdessen stattfindet scheint aber zu sein, dass die den nationalen Parlamenten verantwortlichen Regierungen der europäischen Staaten durch vereintes Handeln im Europarat und in der Europäischen Kommission sich als kollektives Exekutiv- und auch Legislativorgan verstehen. Ihnen steht aber noch kein gleichwertiges Legislativorgan in Form eines einem europäischen Demos verantwortlichen Parlaments gegenüber. Das wäre so als regierten in Berlin eine Kommission der Landesregierungen und ein Rat der Landeschefs und keine Bundesregierung, die einem gewählten Bundestag voll und ganz verantwortlich wäre. Da würde man auch nicht darauf kommen, dass ein solches Konstrukt genuin länderübergreifende Aufgaben bewältigen würde. Um diesen organisatorischen Defiziten zu begegnen, könnten Vertreter der europapolitischen Eliten versucht sein durch einen europäischen Identitätsdiskurs auszugleichen, was Ihnen an demokratischer Legitimation fehlt. Um so bemerkenswerter scheint mir die von Weiß genannte Tatsache, dass sich die Europäische Kommission bisher weigert, einen solchen Diskurs ernsthaft zu führen. Dies spricht meines Erachtens für diese Einrichtung und für den Ethos ihrer Mitglieder.

Bevor ich nun auf die einzelnen Beiträge noch ein bisschen näher eingehe, noch ein letzter allgemeiner Punkt. Nach meinem Gefühl bleibt in allen drei Beiträgen der Identitätsbegriff seltsam vage. Das liegt nicht in der Natur der Sache. Es gibt eine Reihe von philosophischen und sozialpsychologischen Theorien, die den Begriff der Identität schärfer fassen und damit operationalisierbar machen. Ich möchte hier nur auf die interaktionistischen Identitätstheorien im Gefolge von George Herbert Mead hinweisen. Mir scheint jedoch auch, dass nicht alles, was in den vorliegenden Beiträgen unter dem großen Dach der Identität diskutiert wird für das, was die Referenten anstreben relevant ist. Man benötigt vielleicht gar keine ausgefeilte Identitätstheorie, sondern es scheint, dass es bei den hier diskutierten Fällen häufig primär um Loyalität geht:

Loyalität gegenüber der Dorfgemeinschaft, dem Stamm, den Standesgenossen, den nationalen Parlamenten, den europäischen Verträgen, dem christlichen Abendland oder den universalistischen Ideen der Menschenrechte und der säkularen Politik gegenüber. Häufig geraten Loyalitäten in Konflikt miteinander und dann stellt sich die Frage der Priorität: Wem gehört die höchste Loyalität? Loyalität mag ein wichtiger Aspekt von Identität sein und gerade die höchste Loyalität mag für Viele der Ausdruck schlechthin für tief empfundenes Selbstseins darstellen. Für die hiesige Diskussion wäre es aber vielleicht erhellend, wenn man sich auf den Aspekt der Loyalität beschränkt und das weite Feld der Identität etwas außen vor lässt. Bei der nun folgenden eingehenderen Lektüre der drei Beiträge werde ich also diesen Filter anlegen und sehen, ob sich die Intentionen der Autoren und die Stärken und Schwächen der Beiträge auf diese Weise anders darstellen lassen.

Oxana Stuppos erkenntnisleitende Frage ist die nach den „Identitätsangeboten für die bäuerliche Bevölkerung“ im Russland der Zemstvo-Reformen. Uminterpretiert würde die Fragestellung also so lauten: Zu welchen neuen Loyalitäten soll die ländliche Bevölkerung Russlands befähigt und motiviert werden? Offenbar sollen sowohl die Bauern als auch die Adelige ihre dörflichen und Standesloyalitäten aufgeben um sich, zwar in unterschiedlichem Maße, aber doch in ähnlicher Weise als russische Staatsbürger zu fühlen, die gemeinsam Verantwortung für das Gemeinwesen tragen und an gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen und Aufgaben beteiligt werden sollen. Man kann sich leicht Fälle vorstellen, wo Bauern oder Adelige angesichts dieser neuen Anforderung in Konflikt mit herkömmlichen Gruppen geraten, denen sie bisher Loyalität schuldeten. Ein Bauer, der bis vor Kurzem als Leibeigener zum persönlichen Besitz des Adelige gehörte und diesem absoluten Gehorsam schuldete, soll nun neben dem Repräsentanten des Adels im Landtag sitzen und gleichberechtigt mit ihm über die Entwicklungsprojekte des Landkreises abstimmen. Wer schützt ihn dabei vor Repressalien, wenn er nicht im Sinne des Adels stimmt? Wer schützt ihn andererseits davor, von seiner Dorfgemeinschaft als jemand geschmäht zu werden, der sich anmaßt, etwas besseres darzustellen, als die anderen? Von beiden Seiten werden alte Loyalitätsanforderungen an ihn gestellt, die im Widerspruch zu seiner neuen Aufgabe als verantwortlicher russischer Staatsbürger stehen. Da ihm für diese neue Rolle die materiellen und politischen Voraussetzungen fehlen, kann er ihr gar nicht gerecht werden. Für die Neugesellschaftung im Simmelschen Sinne fehlen hier noch die sozioökonomischen Voraussetzungen. Welchen Freiwilligenassoziationen sollte er beitreten, die seine Anliegen auch gegen Widerstände verfechten und ihm Rückhalt bieten?

Benjamin Buchholz erkenntnisleitende Frage ist die nach den Identitätsangeboten herrschender Eliten in Afghanistan seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Er selbst formuliert die Frage auch im Sinne des Loyalitätsparadigmas: Wie versuchen afghanische Eliten über Identitätsangebote die Idee der

„nationalen Geschlossenheit [zu] transportieren“, d.h. wie gelingt es ihnen, die höchste Loyalität der Afghanen an die Nation zu binden und damit der afghanischen Nation Priorität vor jedweder Stammesloyalität zu verschaffen? Dazu versuchen diese Eliten an ein vermeintlich tief empfundenes Selbstgefühl der Afghanen als Afghanen zu appellieren und ihnen damit ein Gefühl von Selbstheit als Afghanen zu vermitteln, das schwerer wiegt und zu höherer Loyalität verpflichtet als das Gefühl, ein Paschtune, Tadschike, Usbeke, Turkmene oder Hazara zu sein und dieser Volksgruppe höchste Loyalität zu schulden. Als Instrument dient diesen Eliten die aus der paschtunischen Stammes-tradition überlieferte *Loya jirga*, die auf nationaler Ebene erstmals 1923 einberufen wurde, die sie aber für eine uralte afghanische Tradition ausgeben. Buchholz weist dabei, wie mir scheint richtig darauf hin, dass nunmehr derjenige, der „die Deutungsmacht über die *Loya jirga* innehatte, ... dies auch für die Formulierung von Identitätsvorstellungen nutzen [konnte].“ So diene sie zunächst als Ausdruck einer größeren Volksnähe bei gleichzeitiger Abkehr des Hofes von aus dem Iran stammenden höfischen Traditionen, später galt sie als Ausdruck für die demokratische Kultur und die Gleichheit aller Afghanen, als Ausdruck des Selbstbestimmungswillens der Afghanen und, unter den Sowjets, als Ausdruck des kulturellen Pluralismus der Afghanen und heute, für eine internationale Allianz, die sich nicht mehr selbst um die Lösung der von ihr mit angerichteten Probleme Afghanistans kümmern will, als „afghanische Lösung für afghanische Probleme.“ Dabei behält Buchholz immer im Kopf, wer definiert hier was in wessen Interesse und in welchem Namen? Er verweist damit auf den manipulatorischen Charakter des afghanischen Identitätsdiskurses und damit implizit auf die eingangs gemachte Beobachtung, dass Identitätsdiskurse häufig eher der Verschleierung von Machtkonstellationen und Interessenlagen dienen, als zu ihrer Erhellung.

Und schließlich ist Andreas Weiß' erkenntnisleitende Frage die nach den Identitätsangeboten europäischer Eliten an die in der EU organisierten Europäer angesichts der Erweiterungsdebatten der EU. Dabei fällt zunächst auf, dass Weiß zwar auf die Debatten um die Osterweiterung und um die Euro-Mediterrane Partnerschaft Bezug nimmt, nicht aber auf die für die Identitätsdiskurse innerhalb der EU doch sehr wichtige Frage einer Erweiterung um die Türkei. Gerade für diejenigen, die einen Identitätspolitischen Diskurs um den Begriff Europas als christliches Abendland führen möchten, ist doch die Türkei das primäre Nicht-Identische, das es außen vor zu halten gilt. Insgesamt zeugen die zitierten Diskursbeiträge von dem Dilemma, in dem sich die europapolitischen Eliten angesichts der Tatsache befinden, dass die EU zwar den Nationalstaat transzendieren soll, um einerseits den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen, andererseits aber auch den als universalistisch gedachten Werten der europäischen Zivilisation Ausdruck verleihen soll, Werten, die sich eben nicht allein in abgezielten Nationalstaaten verwirklichen lassen. Die EU soll aber auch kein Superstaat sein, der den Bestand der Nationalstaaten wirklich gefährdet. Eine Überzeugende Formel, die dieses Dilemma nicht nur

kaschiert sondern positiv wendet, scheint bisher niemand gefunden zu haben und auch der Vorstoß, das Dilemma durch eine europäische Verfassung aus der Welt zu schaffen ist vorerst gescheitert.

Programm, 6. Mai 2011

• Panel 1: 10.00-12.00: Die (Trans-)nationale Einheit als Elitenprojektion. Entwürfe kollektiver Identitätsangebote

Oxana Stuppo: „Moderne“ Eliten und „vormoderne“ Bauern: Individualität vs. Vergesellschaftung? Identitätsangebot russischer Intellektueller nach 1864 und die Realität.

Benjamin Buchholz: Auf der Suche nach „Einheit und Einmütigkeit“: Repräsentationen nationaler Identität in Afghanistan am Beispiel der Loya Jirga.

Andreas Weiß: Politische Eliten und europäische Identität im Kontext der EU Erweiterung.

Diskutant: Michael Dusche

• Panel 2: 13.00-15.00: The circulation of unifying representations: Manifestations, Debates, Tensions.

Stefan Kirmse: Managing cultural diversity in the Russian Empire: Integration through legal reform?

Sumit Mandal: Representations of cultural diversity in Malaysia: Their character, promotion, and significance.

Sophie Wagenhofer: Diversity in unity: ‘Maroc pluriel’ and ‘marocanité’ as conflicting concepts?

Diskutant: Michael Khodarkovsky

• Panel 3: 15.30-17.30: Konfrontiert mit der Mehrheit. Behauptung und Wiederentdeckung der eigenen Identität

Dilyara Usmanova: Zur Repräsentation ethnischer und religiöser Identitäten im Parlament: die Staatsduma Russlands (1906-1917).

Sebastian Klöß: Behaupten und bewahren, wiedergeben und weitergeben, spalten und streiten. Die afrokaribische Community und der Notting Hill Carnival vom Ende der 1970er bis in die 1980er Jahre.

Dagmar Drösser: Lasst mir meinen Habit - Identitätsverlust von Mönchen und Nonnen während der Reformation

Diskutant: Johannes Zechner

• Abschlusskommentar und -diskussion:

Vincent Houben

Workshoporganisation: AG Identität des Sonderforschungsbereichs 640, Mohrenstr. 40/ 41, 10117 Berlin

Informationen & Kontakt: www.sfb-repraesentationen.de, Email: wagenhos@cms.hu-berlin.de